



STANDPUNKT

focus 5/18
September

Die Bevölkerung an Mehrwerten teilhaben lassen



Lukas Bühlmann
Direktor EspaceSuisse,
Verband für Raumplanung

Am 3. März 2013 hat das Schweizer Volk das revidierte Raumplanungsgesetz gutgeheissen. Damit verbunden ist ein Paradigmenwechsel: Weg von der Aussenentwicklung hin zur Innenentwicklung. Das Bauen auf der grünen Wiese ist damit weitgehend Geschichte. Das Bevölkerungswachstum und die zunehmenden Raumansprüche müssen in den heutigen Bauzonen Platz finden.

Viele Städte haben diesen Paradigmenwechsel schon vor 2013 eingeleitet und begonnen, ihre Siedlungen nach innen zu entwickeln. Die vielerorts bestehenden Industriebrachen haben ihnen dabei geholfen. Grosse Areale konnten neuen Nutzungen zugeführt werden. Auf den Brachen entstanden neue, dichte Stadtquartiere, oft mit hoher Qualität.

Die meisten Brachen sind heute umgenutzt. Die räumlichen Bedürfnisse müssen daher in den bestehenden Quartieren befriedigt werden. Das ist viel anspruchsvoller als das Bauen auf der grünen Wiese oder auf Industriebrachen. Während man es bei Brachen oft nur mit einem Eigentümer zu tun hatte, muss man in den Quartieren mit vielen Eigentümern verhandeln, die unterschiedliche Interessen verfolgen. Es gibt

mehr Nutzungskonflikte und die Beschwerdefreudigkeit ist höher.

Um die Raumbedürfnisse zu befriedigen und der Wohnungsnot zu begegnen, kommt aus Politik und Wirtschaft oft die Forderung, das Nutzungsmass in den Bauzonen generell zu erhöhen. Die Forderung ist gut gemeint, aber nicht unproblematisch. Nicht jedes Gebiet eignet sich für eine Aufzoning; sei es, weil es ungenügend erschlossen ist, aus Gründen des Ortsbildschutzes oder wegen der Erhaltung von Grünflächen. Die Verdichtung muss daher massgeschneidert sein und in enger Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern und der Bevölkerung erfolgen.

Die Bevölkerung ist es letztlich, die Verdichtungen an der Urne gutheissen muss. Die Chance, dass sie zustimmt, steigt, wenn sie erkennt, dass die Verdichtung mit Vorteilen verbunden ist, etwa der Aufwertung des öffentlichen Raums und dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Verdichtung mit Qualität kostet aber auch. Wird sie ausschliesslich über Steuergelder finanziert, ist die Bevölkerung weniger bereit, die Verdichtung mitzutragen. Daher müssen sich die Grundeigentümer, die von der Verdichtung profitieren, auch an den Kosten für die Aufwertung des Quartiers beteiligen. Der Mehrwertausgleich ist das Instrument dafür. Die Kantone tun gut daran, den Städten und Gemeinden diesen Ausgleich zu ermöglichen.

Liebe Leserin, lieber Leser

Der «Städteradar 2030» hat es gezeigt: Die städtischen Exekutiven erachten die Stadtentwicklung als grosse Herausforderung und orten darin zugleich Chancen und Gestaltungsspielraum. Nach dem Ja der Bevölkerung zum revidierten Raumplanungsgesetz besteht zudem Handlungsdruck zur sinnvollen Verdichtung. Dies hat den Schweizerischen Städteverband veranlasst, die Thematik vertieft zu betrachten.

Die Studie «Siedlungsentwicklung nach innen in den Städten» zeigt Erfolgsfaktoren und Stolpersteine auf. Und sie macht vor allem deutlich: Verdichtung verändert unser Zusammenleben. Erfolgt die Siedlungsentwicklung jedoch nicht nur nach baulichen Kriterien, sondern auch mit Rücksicht auf Verkehrsanbindungen, die Gestaltung der Aussenräume oder sinnvolle Nutzungsvorgaben ist dicht Wohnen mit Qualität möglich.

Viel Spass bei der Lektüre!

L. Bühlmann

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Die Stadtentwicklung ist regelmässig Thema in Strategiediskussionen»


Paul Remund
Stadtpräsident von Opfikon

Paul Remund ist 60 Jahre alt, verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn. Er ist selbständiger Kaufmann und wohnt seit 25 Jahren in Opfikon. Aufgewachsen ist er im Nachbardorf Wallisellen. Der FDP-Politiker geht in seine dritte Amtsperiode als Stadtpräsident von Opfikon, einer Parlamentsgemeinde in der Flughafenregion Zürich mit 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Davor war er bereits während acht Jahren als Präsident der Rechnungsprüfungskommission in Opfikon politisch aktiv. In seiner Freizeit fährt Paul Remund gerne Ski und Velo. Ausserdem ist er ein grosser Fan des FCZ und des ZSC.

Vor zwanzig Jahren zählte Opfikon gut 11 000 Einwohnerinnen und Einwohner, heute sind es fast doppelt so viele. Ein Fluch oder Segen für die Stadt?

Weder noch. Es gibt nicht nur schwarz oder weiss, sondern auch Grautöne bzw. Grauzonen, in denen wir uns bewegen. Das schnelle Wachstum bietet viele Chancen, die wir packen möchten und auch Herausforderungen, denen wir uns gerne stellen. Als Chance möchte ich eine Einzigartigkeit Opfikons herausstreichen, die ohne das schnelle Entstehen unseres neuen Stadtteils Glattpark gar nicht möglich geworden wäre: Nämlich die Koexistenz des ländlichen alten Dorfkerns von Opfikon und des urbanen Stadtteils Glattpark innerhalb eines kleinen Stadtgebietes. Daraus entstehen auch die Herausforderungen. Dass im Glattpark Menschen leben, die anders ticken, als jene im «alten» Opfikon, ist logisch. Die Identifikation der Bevölkerung mit der Stadt Opfikon in allen Ortsteilen zu fördern, ist das oberste Ziel des Konzeptes «Stadtentwicklung 2012+».

Im Glattpark entsteht ein Quartier mit Wohnungen, Arbeitsplätzen, einer Schule und einem Park mit See. Ursprünglich war ein Büroquartier geplant. Warum hat die Stadt die Strategie geändert?

Um einen Büropark zu verhindern, verlangte eine Volksinitiative 1991, das gesamte Gebiet neu als Reservezone auszuscheiden. Das Land hätte bis zur Ausschöpfung der übrigen Bauzonen nicht mehr überbaut werden dürfen.

Die Initiative wurde abgelehnt, der Gegenvorschlag aber angenommen: Die revidierte Bau- und Zonenordnung sah eine tiefere bauliche Dichte sowie eine Durchmischung von Wohn- und Arbeitsnutzungen vor. Ergänzend dazu wurden Sonderbauvorschriften ausgearbeitet. Der Volksentscheid war der Startschuss für die Quartierplanung im heutigen Glattpark.

Rechnet sich das Projekt aus finanzieller Sicht für Opfikon?

Ja, aus mehreren Gründen. Die Grundeigentümer wurden im Rahmen des Quartierplanverfahrens verpflichtet, sich an der Finanzierung der Infrastruktur im Glattpark zu beteiligen. Beim Landhandel profitiert Opfikon von den Einnahmen aus den Grundstücksgewinnsteuern. Zudem sind zahlreiche grosse im Glattpark domizilierte Unternehmen gute Steuerzahler. Die Wohnungen im Glattpark sind auch nicht billig. Wer dort wohnt, kann es sich leisten und zahlt «anständig» Steuern. Ausserdem sinkt durch die zusätzlichen ca. 7000 Einwohner die Steuerkraft pro Kopf, indem der überdurchschnittlich hohe Steuerertrag der juristischen Steuerzahler durch eine deutlich höhere Zahl an Einwohnern dividiert werden kann. Dies hat die erfreuliche Folge, dass weniger Geld in den kantonalen Finanzausgleich abgeliefert werden muss. Ich verhehle aber auch nicht die Mehrkosten für Planung und Infrastruktur wie Kindergärten, Schule, Beiträge an den Opfiker Park etc., die finanziert werden müssen, was sich aber langfristig auszahlen wird.

Die Studienautoren von Wüest Partner beobachten bei der Verdichtung ein Umdenken in den Städten. Engagement und Wissen hätten zugenommen. Was gehen Sie in Opfikon anders an als früher?

Bei der Erarbeitung des Konzeptes «Stadtentwicklung 2012+» haben wir bewusst diverse Interessensgruppen aus der Bevölkerung miteinbezogen. Durch die Anstellung von Stadtplanerinnen konnte das Fachwissen in der Verwaltung erhöht werden. Zudem ist die Stadtentwicklung und damit auch die Verdichtung ein regelmässiges Thema in Strategiediskussionen, ebenso die Vernetzung mit Nachbargemeinden und der Stadt Zürich.

Wie sieht Opfikon in 20 Jahren aus?

Ich heisse nicht Kneschaurek und kann die Frage deshalb nicht beantworten. Spass beiseite: Wir knacken in diesem Jahr noch die Marke von 20 000 Einwohnern. Diese wird sich vermutlich in den nächsten fünf bis zehn Jahren bei maximal 25 000 einpendeln. Neubauten zum Schliessen von Baulücken wird es nicht mehr viele geben; Ersatzbauten hingegen schon. Wie sehr sich die abzeichnende rasante Veränderung der Mobilität und neue Arbeitsmodelle wie Home Office auf Opfikon auswirken werden, wage ich nicht zu prophezeien. Aber es dürften positive Auswirkungen sein. Auch deshalb bin ich überzeugt davon, dass Opfikon in 20 Jahren deutlich attraktiver daherkommen wird als heute. Und das ist doch ein schöner Ausblick.

THEMA

Siedlungsentwicklung nach innen ist Realität

Die Bestrebung, Siedlungen nach innen zu entwickeln, trägt bereits Früchte. So wächst mittlerweile die Bodenfläche, die mit Gebäuden bebaut ist, weniger stark als die Bevölkerungszahl, womit im laufenden Jahrzehnt eine bedeutsame Trendumkehr im haushälterischen Umgang mit dem Boden gelungen ist. Gerade Städte und Gemeinden sind aber weiterhin gefordert, die innere Siedlungsentwicklung mit hoher Qualität voranzubringen.



Dr. Jörg Schläpfer

Leiter Makroökonomie
Wüest Partner AG und Autor
der Studie «Siedlungsentwicklung nach innen in den Städten».

Die Gebäuderealfäche pro Kopf ist erstmals seit Jahren rückläufig. Diese erfreuliche Entwicklung dieses Leitindikators für die haushälterische Bodennutzung ist einerseits auf Veränderungen in der Wirtschaft und in der Gesellschaft zurückzuführen, denn moderne Arbeitsplätze benötigen weniger Fläche, und der langjährige Trend zu immer mehr Wohnraum pro Person ist deutlich abgeflacht. Entscheidend ist andererseits vor allem, dass in der Raumplanung der nach innen gerichteten Siedlungsentwicklung immer mehr Bedeutung beigemessen wird. Dies zeigt sich exemplarisch an den revidierten kantonalen Richtplänen, die der Verdichtung spezielle Abschnitte widmen. Zudem hat in den letzten Jahren die Sensibilisierung für diese komplexe Thematik bei vielen politischen Exekutiven und Führungskräften zugenommen; sie profitieren von Erfahrungen, die sich durch neue Verdichtungsprojekte laufend vermehren.

«Die Sensibilisierung für die Thematik hat in den letzten Jahren bei vielen politischen Exekutiven und Führungskräften der Verwaltung zugenommen.»

Dass Siedlungsentwicklung nach innen vermehrt stattfindet, lässt sich anhand der Arealstatistik für die Jahre 2013 bis 2018 belegen, welche mittlerweile für über zwei Drittel der Gemeinden der Schweiz vorliegt. In diesen Gemeinden beträgt die Gebäudearealfäche 217m² pro Einwohner – das entspricht einem Rückgang von 1,9 Prozent gegenüber der letzten Arealstatistik für die Jahre 2004 bis 2009. Diese Entwicklung ist bemerkenswert, stieg doch zwischen den

beiden Arealstatistiken für die Jahre 1992 bis 1997 sowie 2004 bis 2009 die Gebäudearealfäche pro Einwohner derselben Gemeinden noch um 4,1 Prozent an. Der Rückgang erfolgte sowohl in grossen als auch in kleinen Gemeinden. Am ausgeprägtesten präsentiert sich die Dichtezunahme allerdings in den grossen Agglomerationsgemeinden und in den grossen und mittleren Kernstädten.

«Verdichtung allein ist kein hinreichendes Kriterium für eine erfolgreiche Siedlungsentwicklung nach innen.»

Erfolgsfaktoren

Verdichtung allein ist kein hinreichendes Kriterium für eine erfolgreiche Siedlungsentwicklung nach innen – zu beachten sind vielmehr folgende Faktoren: Erstens soll die Siedlungsentwicklung vor allem an bereits gut erschlossenen Lagen vorangetrieben werden, das heisst, an Lagen mit einer guten Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Erreichen lässt sich dies, indem in den Richtplänen geeignete Entwicklungsschwerpunkte und Wachstumsgebiete festgelegt werden.

Gerade in Entwicklungsschwerpunkten ist zweitens ein Nebeneinander von Arbeiten, Wohnen, Mobilität und Freizeitgestaltung anzustreben, damit die öffentlichen Räume zu verschiedenen Tageszeiten belebt sind. Für die Umsetzung können die Städte und Gemeinden in ihren Zonenplänen vermehrt Mischzonen anstelle von reinen Arbeits- und Wohnzonen berücksichtigen. Alternativ können sie in Gestaltungsplänen anordnen, dass die Erdgeschosse gewerblich genutzt werden. Und durch hohe ÖV-Frequenzen und ein ausreichendes Parkplatzangebot erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sich beispielsweise eine Arztpraxis oder ein Coiffeur niederlassen, die eine hohe Kundenfrequenz aufweisen.

Drittens bedingt das nähere Beisammensein Freiräume. Das bedeutet, dass zum einen Ausgleichsräume geschaffen werden müssen, die mit einer hohen Aufenthaltsqualität zum Verweilen einladen. Erforderlich ist zum anderen ein strategischer Umgang mit Flächen der öffentlichen Zone, damit die Infrastruktur dem Wachstum angepasst werden kann.

Auswirkung

Verdichtung geht einher mit zusätzlichem Wohnungsbau, damit sich mehr Menschen ihren Wunsch nach einem Leben in durchmischten, vielfältigen und damit für sie attraktiven Quartieren mit guter Infrastruktur erfüllen können. Die Verdichtung ermöglicht den Bewohnern kurze Arbeitswege, gute Verdienstmöglichkeiten und das Leben in einer Umgebung, die zu verschiedenen Tageszeiten belebt ist. Ausserdem lässt sich durch das zusätzliche Wohnangebot die erhöhte Nachfrage in den grossen Zentren lindern. Die neu erstellten Wohnungen bieten tendenziell einen höheren Standard und einen besseren Zustand – wobei diese Vorzüge ihren Preis haben: Aufgrund der hohen Qualität der neu erstellten Wohnungen ist Wohnen in verdichteten Quartieren oftmals überdurchschnittlich teuer. Die Wohnkosten hängen allerdings davon ab, in welchem Preissegment die neuen Wohnungen eingestuft werden. Durch die Erstellung kompakter Grundrisse und der Limitierung des Ausbaustandards lässt sich das Preisniveau auch bei neuem Wohnraum moderat halten.

Indem die Siedlungsentwicklung nach innen Zuzüger anlockt, verändert sich die soziodemografische Zusammensetzung eines Quartiers. In der Regel wirkt eine Verdichtung quartierverjüngend, weil sich jüngere Menschen stärker von Wohnraum in lebendigen Zentren angezogen fühlen als ältere.

Studie

Die geschilderten Erkenntnisse stammen aus der Studie «Siedlungsentwicklung nach innen in den Städten», die im August 2018 publiziert wurde. Die Studie erstellte das auf Immobilien spezialisierte Beratungsunternehmen Wüest Partner im Auftrag des Schweizerischen Städteverbandes. Sie kann unter folgendem Link eingesehen werden:

www.staedteverband.ch

POLITIK

Ausblick auf die Herbstsession

Die Herbstsession steht ganz im Zeichen der Steuervorlage 17. Nachdem der Ständerat eine Verknüpfung der Steuervorlage mit der AHV-Sanierung beschlossen hat, ist nun der Nationalrat am Zug. Für die Differenzbereinigung sind ebenfalls Zeitfenster eingeplant.

SV17: WAK-N lässt AHV-Deal bestehen

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hatte im Juni Anhörungen durchgeführt. Der Städteverband unterstrich dabei, dass sich mit der Vorlage des Ständerates – im Gegensatz zum relativ ausgewogenen Vorschlag des Bundesrates – die Lasten wieder zuungunsten von Städten und Gemeinden verschieben. Die vorgesehene Senkung der Dividendenbesteuerung führt zu zusätzlichen Steuerausfällen in Höhe von rund 250 Millionen Franken für Städte und Kantone. SSV und KSFD fordern deshalb eine Korrektur im Sinne einer genügenden Gegenfinanzierung. Ausserdem braucht es eine griffigere Gemeindeklausel, die sicherstellt, dass auch die kommunale Ebene an den Ausgleichmassnahmen des Bundes beteiligt wird. Die WAK-N folgte in ihrer Detailberatung in vielen Punkten dem Ständerat, so etwa bei der Verknüpfung der Vorlage mit der AHV-Finanzierung sowie bei der Dividendenbesteuerung. Anträge auf andere Finanzierungsformen und auf Aufspaltung der Vorlage in zwei Teile blieben chancenlos.

Pflegematerial: Mehrkosten für Städte

Im Herbst 2017 hat das Bundesverwaltungsgericht in zwei Urteilen entschieden, dass die Kosten für Pflegematerialien nicht mehr von der Krankenkasse übernommen werden müssen. Dies betrifft notwendige Gegenstände wie Spritzen oder Wundverbände, die sich auf der Mittel- und Gegenständeliste (MiGeL) befinden. Stattdessen sollen die Materialien über die sogenannte Rest-Finanzierung beglichen werden. Dies bedeutet eine Mehrbelastung für die öffentlichen und privaten Spitex-Organisationen und in diesem Sinne für Kantone und Gemeinden. Schon allein im laufenden Jahr hat das zu Mehrkosten im Umfang von 100 Millionen Franken geführt. In der Herbstsession werden gleich zwei Motionen behandelt, die vom Bundesrat verlangen für eine ausgeglichene Lastenverteilung bei der Pflegefinanzierung zu sorgen. Der Städteverband unterstützt dieses Anliegen.

Familienergänzende Betreuung

Nachdem der Nationalrat einer 4-jährigen Verlängerung des Impulsprogramms für familienergänzende Kinderbetreuung zugestimmt und dafür 125 Millionen Franken Bundesgelder gesprochen hat, entscheidet nun der Ständerat. Die Ständeratskommission sprach sich für die Weiterführung des Programms aus.

Gemeindereferendum auf Bundesebene

Eine Parlamentarische Initiative von Nationalrat Stefan Müller-Altermatt verlangt die Einführung eines Gemeindereferendums auf Bundesebene. Die SPK-N hat dem Begehren keine Folge gegeben, nun geht die Vorlage in den Nationalrat. Aus Sicht des SSV ist die Idee durchaus prüfenswert, jedoch nicht zu Ende gedacht. In der vorliegenden Form mit der Vorgabe von 200 Gemeinden in 15 Kantonen für das Zustandekommen eines Referendums dient die Vorlage vor allem den kleinen Gemeinden. Aus Sicht des Städteverbands müsste eine Lösung gefunden werden, die auch städtische Anliegen berücksichtigt, da die Mehrheit der Bevölkerung im urbanen Gebiet lebt. Denkbar wäre zum Beispiel ein gewichtetes Referendum, wie es etwa der Kanton Zürich kennt.

Fernbusse: Rosinenpickerei vermeiden

Die Vorlage zur Organisation der Bahninfrastruktur befindet sich in der Differenzbereinigung. Im politisch umstrittensten Punkt – der Frage der Fernbusse – empfiehlt die KVF-N ihrem Rat mit 14 zu 10 Stimmen, der Stossrichtung des Ständerates zu folgen, um eine Rosinenpickerei durch Private zu vermeiden. Eine Minderheit beantragt, zusammen mit dem Bundesrat, einen minimalen Wettbewerb durch Fernbusse zuzulassen.

Vernehmlassungen

Natur- und Heimatschutzgesetz NHG

Mit der Lockerung der Vorgaben des NHG wird der Kreis der möglichen Eingriffe in Objekte von Bundesinventaren erweitert und den Interessen der Kantone soll mehr Gewicht zukommen. Der SSV zieht in seiner Antwort an die UREK-S differenziert Stellung, denn die Haltungen der Mitglieder sind nicht einheitlich. Gegen die Vorlage spricht, dass ihr Hauptanliegen mit der Änderung des Energiegesetzes bereits erfüllt wurde. Auch widerspricht das Aufweichen des Schutzes der national bedeutendsten Landschaften, Ortsbilder und Baudenkmäler dem Volkswillen. Auf Ablehnung stossen zudem die neuen, unbestimmten Rechtsbegriffe und mangelnden gesetzlichen Definitionen.

Erreichbarkeitsvorgaben der Post

Die neuen Erreichbarkeitsvorgaben, die der Bundesrat für Post-Dienstleistungen vorschlägt, stossen bei den Mitgliedern des SSV insgesamt auf ein positives Echo. Begrüsst wird vor allem, dass mit einem Dichtekriterium der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur der dicht besiedelten urbanen Räume Rechnung getragen wird. Die Vorgabe, dass pro 15 000 Einwohner oder Beschäftigte mindestens eine Poststelle oder -agentur bestehen müsse, wird mehrheitlich begrüsst. Zahlreiche Städte und Gemeinden sprechen sich allerdings für einen Schwellenwert von 10 000 Einwohner oder Beschäftigte aus. Auf Zustimmung stossen weiter der Planungsdialog zwischen der Post und den Kantonen und die Präzisierungen beim Schlichtungsverfahren.

Wirksamkeitsbericht zum Finanzausgleich

Der SSV zieht eine zwiespältige Bilanz des dritten Wirksamkeitsberichts zum Finanzausgleich. Er begrüsst den Ressourcenausgleich als wirksames Instrument zur Dämpfung kantonaler Unterschiede. Hingegen ist es aus seiner Sicht stossend, dass die typischerweise in Städten anfallenden Sonderlasten noch immer nur zu 10% und im Falle der Kernstadtlasten gar lediglich zu 4% abgegolten werden – gegenüber 30% bei den geografisch-topografischen Lasten. Der SSV fordert, dass die aufgrund des von der KdK vorgeschlagenen Systemwechsels freiwerdenden Bundesmittel für den Ausgleich städtischer Lasten verwendet werden.

Weitere Vernehmlassungen unter:

www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

«Kulturstadt - Stadtkultur»: Der Schweizerische Städtetag in Solothurn



Der Schweizerische Städtetag 2018 in Solothurn stand dieses Jahr im Zeichen der städtischen Kultur. Unter dem Motto «Kulturstadt - Stadtkultur» befassten sich die rund 220 Delegierten und Gäste des Schweizerischen Städteverbandes mit Fragestellungen rund um die Bedeutung und Funktion der Stadtkultur, deren Finanzierung, Förderung und Bewahrung. Kultur in all ihren Formen und Facetten prägt das Leben in den Städten, dient der Identifikation und Integration. Kultur ist aber längst auch zu einem wichtigen Faktor im immer härteren Standortwettbewerb geworden. Kultur sei ein hoher Wert, den es sorgsam zu pflegen gelte, sagte Nationalrat Kurt Fluri, Präsident des Städteverbandes und Stadtpräsident von Solothurn in seiner Begrüssungsrede an der Generalversammlung des Städteverbandes. Die Rolle der Politik müsse es dabei sein, Kultur auch dort zu fördern und zu ermöglichen, wo nicht der kommerzielle Erfolg winke. In der Kulturförderung nehmen die Schweizer Städte heute eine herausragende Rolle ein. Schweizweit entfallen rund die Hälfte aller Kulturausgaben auf die kommunale Ebene, ein Grossteil davon auf die Städte.

www.staedteverband.ch

Städteverband sagt Ja zum Bundesbeschluss über die Velowege



Der Schweizerische Städteverband unterstützt den direkten Gegenvorschlag zur Veloinitiative, der am 23. September 2018 zur Abstimmung kommt. Der Vorstand hat die Ja-Parole zum «Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege» gefasst. Mit der Verfassungsänderung werden Velowege in der Schweiz aus verkehrspolitischer Sicht mit den Fuss- und den Wanderwegen gleichgestellt. Zugleich bleiben Planung, Bau und Unterhalt der Velowege in der Hoheit der Städte, Gemeinden und Kantone. Die Bevölkerung auf urbanem Gebiet wächst stetig. Umso wichtiger ist es, dass die Mobilität in den dicht besiedelten Räumen möglichst verträglich gestaltet ist und so zum Erhalt der hohen Lebensqualität in den Städten und Agglomerationen beiträgt. Die meisten Städte sehen im Veloverkehr ein grosses Potenzial, um einen Teil der wachsenden Mobilitätsbedürfnisse auf

ihrem Gebiet zu bewältigen. Sie setzen deshalb schon heute auf die Förderung des Veloverkehrs. Trotz des verstärkten Engagements in den Städten und Agglomerationen sind heute viele Velowegnetze noch lückenhaft. Es ist aus Sicht des Städteverbandes deshalb angezeigt, diese Herausforderungen koordiniert anzugehen - auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene.

www.staedteverband.ch

Neues Patronat: Luzerner Management Forum für die öffentliche Verwaltung



Am 22. November 2018 treffen sich Führungskräfte aus Exekutive und Verwaltung zum fünften Mal am Luzerner Management Forum für die öffentliche Verwaltung. Das diesjährige Forum steht neu unter dem Patronat des Städteverbandes und widmet sich dem Thema «Leadership in Politik und Verwaltung - gestalten statt verwalten!». Städte und Gemeinden, Kantone und der Bund werden von Kollegialgremien geführt, deren Mitglieder sich einer Wiederwahl stellen müssen und unterschiedlichen Parteien angehören. Führungskräfte in der Verwaltung müssen Verantwortung übernehmen, obwohl sich die politischen Prioritäten immer wieder verschieben und sich die Politik manchmal direkt einmischt. Wie also können Exekutivpolitikerinnen und -politiker unter diesen besonderen Umständen visionär und wirkungsvoll führen? Dieser und weiteren Fragen geht das Forum nach.

www.hslu.ch/lmf

Auswirkungen von Gesetzesvorlagen auf Städte und Gemeinden



Die Botschaften des Bundesrates müssen neu auch die personellen und finanziellen Auswirkungen einer Gesetzesvorlage auf Bund, Kantone und Gemeinden aufzeigen. Ebenso darzulegen sind die Art und Weise der Kostendeckung und das Verhältnis von Kosten und Nutzen. Dies hat das Parlament in der Sommersession im Rahmen einer Sammelvorlage zum Parlamentsgesetz entschieden. Die neue Bestimmung in Artikel 141 dürfte dazu führen, dass die Auswirkungen für Städte, städtische Gebiete und Agglomerationen spezifisch und substantieller dargestellt werden als bisher. Das ist aus Sicht des Städteverbandes zu begrüssen.

Kurzmeldungen

Plattform für Verdichtungsthemen

Der Schweizer Verband für Raumplanung «EspaceSuisse» - bislang VLP-ASPAN - hat eine Webplattform lanciert, die sich ganz der Siedlungsentwicklung nach innen und der Verdichtung widmet.

www.densipedia.ch

Leitfaden Hochbreitband

Breitbandverbindungen sind die Nervenbahnen der Informationsgesellschaft. Sei es für Internet, hochauflösendes Fernsehen oder andere Dienste: Ohne Erschliessung mit hochwertigem Breitband könnten Gemeinden, Regionen oder Kantone mit der Zeit ins Hintertreffen geraten. Politische Entscheidungsträger sind gefordert, die Initiative zu ergreifen. Doch wann, wie und mit wem? Die neue Webseite hochbreitband.ch dient als Orientierungshilfe im Dschungel der technologischen Möglichkeiten. Die Informationen werden von einer Arbeitsgruppe aus Verbänden - darunter der Städteverband - und Bundesbehörden in Zusammenarbeit mit Industrievertretern bereitgestellt.

www.hochbreitband.ch

Sharing Economy und Wohnungsmarkt

Plattformen zur Wohnraumvermittlung, allen voran Airbnb, werden kontrovers diskutiert. Eine Studie des Bundesamtes für Wohnungswesen BWO beschreibt verschiedene Formen des Unterkunftsharings. In zwei Szenarien wird ausgelotet, wie sich das Phänomen entwickeln könnte und welche Handlungsempfehlungen an die Politik sich daraus ableiten lassen.

www.bwo.admin.ch

Raumpatenschaften gegen Littering

Littering beeinträchtigt die Lebensqualität, führt zu erhöhten Reinigungskosten und schadet dem Ruf eines Ortes. Um die Situation zu verbessern, können Gemeinden und Städte Raumpatenschafts-Projekte organisieren. Dabei übernehmen sogenannte Raumpatenschaften (in der Regel Einzelpersonen oder Gruppen) jeweils die Verantwortung für ein festgelegtes Gebiet, das sie regelmässig aufräumen. Mit «My Raumpatenschaft» stellt die IG saubere Umwelt ein kostenloses Instrument zur Verfügung.

www.raumpatenschaft.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

30. Oktober 2018 **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 35 632 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch

5./6. September 2019 **Städtetag 2019** in Chur
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

5. November 2018 **Wildtiere im Siedlungsraum - Konflikten vorbeugen und Gefahrenquellen beheben** in Sempach
Information: www.kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

10. September 2018 **SKOS-Forum/Städteinitiative-Tagung der Leitenden Angestellten** in Olten
Information: www.skos.ch

16. November 2018 **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Sion
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch

Weitere Organisationen

20. September 2018 **Mehr Biodiversität in der Gemeinde dank freiwilligem Engagement** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch

21. September 2018 **Forum des gemeinnützigen Wohnungsbaus** in Basel
Information: www.forum-wohnen.ch

21. September 2018 **SES-Fachtagung 2018 - Mobilität der Zukunft** in Zürich (Patronat: SSV)
Information: www.energiestiftung.ch

3. Oktober 2018 **Gurtensymposium: Chaos im Untergrund - Schweizer Geologenverband** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.chgeol.org

7. November 2018 **Eröffnungsfeier Swissdidac & Worlddidac 2018** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.swissdidac.ch

14. November 2018 **19. asut-Kolloquium: Future Mobility - Von Treibern und Getriebenen** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.asut.ch

14. November 2018 **digma-Tagung zum Datenschutz 2018** in Zürich (Patronat: SSV)
Information: www.digma.ch

21. November 2018 **2. Fachtagung RegioMove** in Olten (Patronat: SSV)
Information: www.regiomove.ch

22. November 2018 **5. Luzerner Management Forum** in Luzern (Patronat: SSV)
Information: www.hslu.ch/lmf

17. Januar 2019 **Save-the-date - Gesundheitsförderung Schweiz: 20. Nationale Gesundheitsförderungs-Konferenz «Städte und Gemeinden am Puls der Gesundheit»** (Patronat: SSV)

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern

Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Barbara Brechbühl, Karin Christen, Nadja Huonder, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Paul Schneeberger, Martin Tschirren; Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.

Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch

Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch